

Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.

Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Glaser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Abonnementpreis pro Quartal M. 1 (ohne Postgebühren), bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,40.

Herausgeber: Joh. Stanting, verantwortl. Redakteur: F. Paeplow, beide in Hamburg. Redaktion und Expedition: Hamburg 5, Brennerstr. 11, 1. Et.

Bereits-Anzeigen für die dreizehnpaltige Pettizelle oder deren Raum 80 A.

Verbandskollegen! Agitiert kräftig für die Stärkung der Organisation. Haltet Eueren im Lohnkampf stehenden Kollegen den Rücken frei.

Inhalt: Die Partei der deutschen Sozialdemokratie, — Maurerbewegung: Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen. Bekanntmachung des Verbandsvorstandes. Abrechnung über das zweite Quartal 1904. Bekanntmachungen der Gewerkschaften. — Zentral-Krankenkasse. — Vom Bau: Unfälle, Arbeiterkurse, Subventionen etc. — Aus anderen Verufen. — Polizei und Gerichte. — Verschiedenes. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Anzeigen.

Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie,

über dessen am 18. September erfolgten Zusammentritt wir bereits berichtet haben, ist Sonnabend, den 24. September, geschlossen worden. Eine volle Woche, mit Ausnahme eines einem Ausfluge nach Helgoland gewidmeten Tages, hat er der Erledigung seiner Aufgaben gewidmet. Dazu gehörten in erster Linie die Berichte des Vorstandes und der Bericht der Kontrollkommission, sowie der Bericht über die parlamentarische Tätigkeit.

Aus ersterem Bericht, erstattet von den Parteisekretären Pfannkuch und Gerlich, ist als Hauptfrage hervorzuheben der Nachweis der stetigen Erhaltung und Ausbreitung der Partei. Der Klassenbericht ergibt, daß die Klassenverhältnisse der Partei im abgelaufenen Jahre durchaus befriedigende waren. Die sozialdemokratische Presse Deutschlands zählt nach der vorliegenden Angabe 620 282 zahlende Abonnenten — ein Stand, so hoch wie nie zuvor.

Im Bericht der Kontrollkommission waren einige unangenehme Differenzen in den Parteigenossenschaften, zu Münster, Düsseldorf und Wiesfeld zu erwähnen. Hoffentlich tragen die betreffenden Kritiken dazu bei, die häßlichen Streitigkeiten, welche lediglich auf persönliche Verwülfnisse resp. unkluges Verhalten einiger Genossen zurückzuführen sind, aus der Welt zu schaffen.

Die Diskussion zu den Fragen der Agitation und der Organisation brachte eine Fülle von Wünschen. Regierer Punkt, die von vielen Seiten beantragte Neugestaltung der Parteioorganisation, war als Hauptpunkt der Tagesordnung gedacht. Jedoch gelangte nach einem informierenden Referat des Genossen Gerlich der Parteitag zu dem Beschluß, von einer Debatte abzusehen, die vorliegenden Anträge vielmehr einer aus 23 Personen bestehenden Kommission zu überweisen, welche die Aufgabe hat, spätestens bis drei Monate vor Stattfinden des nächstjährigen Parteitages einen neuen Organisationsplan auszuarbeiten und der Partei zur Diskussion zu unterbreiten. Dieser Beschluß darf als ein durchaus glücklicher bezeichnet werden. Die zu entscheidenden Fragen bedürfen einer gründlichen und umfassenden Prüfung, so insbesondere die von vielen Seiten angeregte Frage: die Parteioorganisation nach dem Muster der gewerkschaftlichen Zentralverbände umzugestalten.

Nicht unerwähnt sind die Debatten über den „Fall Schippel“, der schon solange die Partei beschäftigt. Daß Schippel durch sein Verhalten in der Frage der Zollpolitik gefehlt und Tadel verdienen, wurde von allen Seiten zugegeben. Doch gingen die Meinungen darüber auseinander, wie diese Verfehlung zu ahnden sei. Von mehreren Seiten wurde empfohlen, nicht die äußerste Strenge walten zu lassen. Schippel selbst gab in seiner Verteidigung die Erklärung ab, daß er Gegner der Agrarzölle sei und gemeinsam mit der Partei dieselben bekämpfe. Nach erschöpfender Aussprache wurde mit 239 gegen 44 Stimmen

in namentlicher Abstimmung folgende Resolution Bebel angenommen:

Der Parteitag mißbilligt auf das schärfste die Unklarheit und Zweideutigkeit, mit welcher der Genosse Schippel seit langem in Wort und Schrift sich gegenüber der Frage der Lebensmittelsölle verhalten und dadurch unseren Feinden Material gegen die Partei geliefert hat.

Wenn schließlich der Genosse Schippel, durch die Fraktion zu klarer Stellungnahme gedrängt, erklärt, daß er Gegner der Agrarzölle sei und in der Zolltariffrage die Stellung der Partei teile, so war es um so unbegrifflicher und unverständlicher, daß er seit Jahren seinen ganzen Scharfsinn und sein ganzes Können aufbot, um zu beweisen, daß vom agrarischen Standpunkt aus die Forderung der Agrarzölle gerechtfertigt sei, eine Aufgabe, die wahrlich nicht diejenige eines Sozialdemokraten sein kann.

Der Parteitag mißbilligt aber auch entschieden den häßlichen und hochgradigen Ton, in dem der Genosse Schippel die Polemik gegen die Partei führte, ein Verfahren, das sich um so weniger rechtfertigt, als er seinen Standpunkt in der Agrarfrage vom Grund aus gewechselt hat.

Dieser Resolution wurde mit 150 gegen 126 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen folgendes von Freythal er beantragte Amendement hinzugefügt:

„Der Parteitag erklärt weiter, daß das Vertrauen, dessen ein Genosse zur Bekämpfung von Vertrauensstellungen in der Partei unbedingt bedarf, gegenüber dem Genossen Schippel aufs tiefste erschüttert ist und daß, wenn Schippel fortfährt, in der bisherigen Weise zum Schaden der Partei zu wirken, er gezwungen sein wird, die Konsequenzen seines Verhaltens zu ziehen.“

Wir haben uns von der Gerechtigkeit und Nützlichkeit dieser Resolution und des Amendements nicht überzeugen können. Sie ist gefällig und schwammig zugleich. Die Notwendigkeit, Schippel einen Tadel auszusprechen, haben auch wir anerkannt, nicht wegen Schippels handelspolitischer Anschauungen, sondern wegen seiner Zweideutigkeit, die den Schein erwecken konnte, als wäre Schippel ein Befürworter von Agrarzöllen, während die sozialdemokratische Reichstagsfraktion und die gesamte Partei im beständigen Kampfe gegen den Zollwucher stand. Um diesen Tadel auszusprechen, genügt eine Kundgebung, wie sie die Resolution Paeplow in eindeutiger Weise ausspricht:

„Der Parteitag mißbilligt die Stellungnahme des Genossen Schippel zu den zollpolitischen Fragen und spricht ihm einen Tadel dafür aus, daß er durch seine handelspolitischen Vorträge und Artikel den Schein erweckt hat, als hätten die Agrarier ein Recht auf Lebensmittelsölle.“

Diese Resolution, die vor der Bebel'schen zur Abstimmung kam, wurde gegen eine starke Minorität abgelehnt. Viele ihrer Anhänger stimmten dann, um überhaupt einen Tadel auszusprechen, für die Resolution Bebel. — Hoffentlich zieht Genosse Schippel nicht die „Konsequenz“, die der Berichterstatter Lebedour dem Amendement Freythaler unterlegen wollte, nämlich Schippel zur Niederlegung seines Mandats zu zwingen. Eine solche Tendenz hat der Parteitag trotz aller Scharfmacherei dem Amendement nicht geben wollen.

Zum fünften Punkt der Tagesordnung: „Maifester“, erstattete der Genosse Richard Fischer: Berlin ein Referat. Er wandte sich u. A. gegen das von gewerkschaftlicher Seite erhobene Bedenken, betreffend das Festhalten an der Arbeitsruhe. Nach dem Beschluß des internationalen Kongresses in Amsterdam sollte die Arbeitsruhe nur da durchgeführt werden, wo keine Schädigungen der Klasseninteressen der Arbeiter zu befürchten sind. Unzutreffend sei der Einwand, es gehe nicht an, daß die Partei ja weitgehende Beschlüsse fasse, aber die Durchführung derselben und vor allem die finanzielle Verantwortung

dafür einfach auf die Schultern der Gewerkschaften abwälze. Das ist — bemerke Redner — ein Grundirrtum; es ist einfach nicht wahr; daß der Beschluß von den Vertretern der politischen Parteien gefaßt ist. Sowohl auf dem internationalen Kongreß in Paris 1889 als auf allen folgenden internationalen Kongressen, einschließlich des Amsterdamer, waren die Vertreter der Gewerkschaften mit anwesend; alle Beschlüsse, auch die in bezug auf die Maifester, sind unter Mitwirkung der Vertreter der Gewerkschaften zu Stande gekommen; zu allen internationalen Kongressen haben die deutschen Gewerkschaften eigene Delegierte geschickt, sie haben genau so mitgewirkt wie die Vertreter der politischen Parteien, ihre Verantwortung ist also genau dieselbe. Nun bin ich der Letzte, der sich verhehlen wollte, daß der Kampf um den 1. Mai gerade den Gewerkschaften in erster Linie große Opfer auferlegt und den Gewerkschaftsbeamten, soweit sie es mit ihrer Aufgabe ernst nehmen, ein großes Stück Verantwortung aufbürdet, aber doch nur in der Einschränkung, daß kein internationaler Kongreß und kein deutscher Parteitag ihnen jemals die Erhebung der Arbeitsruhe unter allen Umständen zur Pflicht gemacht hat. Aber der Maßstab der finanziellen Verantwortung, der Maßstab der Selbstkosten darf an eine solche Frage nicht angelegt werden, die geradezu eine Frage der internationalen Solidarität, eine Frage der internationalen Arbeiterbewegung geworden ist. Die Maifester ist historisch und gerade durch das Verhalten unserer Gegner, der Regierung und der Bourgeoisie, eine Klassenfrage des Proletariats geworden, gleichsam ein Stück Klassenkampf gegen Regierung und Bourgeoisie. Wann hat jemals in der deutschen Arbeiterbewegung die Frage der Selbstkosten bei einem Massenkampf die entsprechende Rolle gespielt? Je stärker die Gewerkschaftsbewegung wird, je geschlossener ihre Organisationsformen, je mehr sie sich entwickelt und je mehr ihre Aufgaben sich erweitern, um so mehr lösen sich allmählich die äußeren Bande, die die Gewerkschaftsbewegung mit der politischen verknüpfen, um so größer wird für die Gewerkschaftsbewegung als Ganzes die Gefahr, daß sie über den Kampf des Tages, über dem Streit um Einzelfragen die großen Ziele der Arbeiterklassenbewegung, das Endziel der Befreiung der Arbeiterklasse aus dem Döppeljoch der ökonomischen und der politischen Knechtung, daß sie das Ziel der Betrümmung des kapitalistischen Lohnsystems mehr und mehr aus dem Auge verliert. Und gerade unter diesen Gesichtspunkten hat die Maifester ihre besondere Bedeutung. Das Eintreten für unseren Standpunkt wird immer mehr ein Stück sozialdemokratischen Glaubensbekenntnisses, das die Gewerkschaften und die Massen Jahr für Jahr ablegen. Und wenn dann immer unsere guten Freunde aus dem bürgerlichen Lager kommen und uns erklären, daß es doch bloß Kraftvergeudung sei, für eine bloße Formsache, für eine Demonstration, die ihren Zweck doch nicht erreichen könne, Mittel auszuwerfen, die die Gewerkschaften hausälterlich zu Wege gehen und ihre Klassen füllen sollten für die großen wirtschaftlichen Kämpfe, die ihnen aufgebracht werden, so haben wir allen Anlaß, uns immer wieder vor Augen zu halten, daß das die alte Melodie des alten Liebes ist, die Arbeiterbewegung zu trennen in zwei Flügel, dort den Flügel, der für die Gegenwartsforderungen kämpft, dort der intransigente Flügel: Das ist nur der alte Standpunkt des „Teile und herrsche“, damit man die Arbeiterklasse taftieren kann. Unsere Aufgabe muß es vielmehr sein, dafür zu sorgen, daß das Glaubens-

